

Pierre Rosanvallon: Eine werksbiographische Einführung

Daniel Schulz*

Wie so häufig in der französischen Tradition ist Pierre Rosanvallon ein Intellektueller, der sich nicht allein durch seine universitären Arbeiten auszeichnet, sondern auch in zentralen politischen Debatten präsent ist. Diese Grenzüberschreitung zwischen akademischer und politischer Öffentlichkeit spiegelt sich auch in seiner Biographie wider, die zunächst nicht der klassischen universitären Laufbahn in Frankreich entspricht: Rosanvallons frühe Schriften entstehen nicht an den akademischen Institutionen, sondern im Kontext der französischen Gewerkschaft *Confédération française démocratique du travail* (CFDT), die als Konkurrentin der kommunistischen *Confédération générale du travail* (CGT) zu dieser Zeit der *Parti socialiste* (PS) Mitterrands nahesteht, aber anders als die PS bereits seit den siebziger Jahren eine zunächst unter dem Banner der Selbstverwaltung stehende, dann immer stärker sozialdemokratisch geprägte Abkehr vom orthodoxen Marxismus anstrebt (Judt 1990). Anders als viele andere bekannte französische Intellektuelle – Jean-Paul Sartre, Raymond Aron, Jacques Derrida, Michel Foucault, Pierre Bourdieu etc. – ist Rosanvallon kein Absolvent der *École Normale Supérieure*. Der junge Rosanvallon studierte an der renommierten, wirtschaftswissenschaftlich ausgerichteten *École des hautes études commerciales de Paris* (HEC) und war nach seinem Abschluss für die CFDT von 1969 bis 1972 als Berater und von 1973 bis 1977 als Chefredakteur der Zeitschrift *CFDT Aujourd'hui* tätig. Bereits zu dieser Zeit gilt er innerhalb der PS als Teil des reformerischen Flügels unter Michel Rocard, der vor dem Hintergrund des anti-autoritären Impulses vom Mai 1968 für eine Abkehr vom hierarchischen und zentralistischen Politikverständnis plädiert, welches zu dieser Zeit im linken wie im rechten Lager des französischen Parteienspektrums gleichermaßen beherrschend ist.

Rosanvallon wird in dieser Zeit zum wichtigsten Theoretiker der sogenannten *Deuxième gauche*, der Zweiten Linken, die in den siebziger Jahren eine Liberalisierung der sozialistischen Tradition für notwendig erachtet und die dann nach dem Regierungsantritt Mitterrands zu Beginn der achtziger Jahre sowohl dessen Verstaatlichungspolitik als auch sein Bündnis mit der kommunistischen Partei für einen Irrweg hält (Hamon/Rotman 1984). Seine Arbeiten *L'âge de l'autogestion* (1976) und *Pour une nouvelle culture poli-*

* PD Dr. Daniel Schulz, LMU München
Kontakt: daniel.schulz@gsi.uni-muenchen.de

tique (1977) haben diese Entwicklung intellektuell begleitet, wenngleich der politische Erfolg innerhalb der PS ausbleibt und sich dort unter Mitterrands Präsidentschaft und darüber hinaus eine hegemoniale, latent autoritäre Staatsfixierung behaupten konnte.¹

Anstatt eine politische Karriere einzuschlagen, entscheidet sich Rosanvallon daher bereits Ende der siebziger Jahre für den akademischen Weg und schreibt an seiner Promotion bei Claude Lefort, die 1979 unter dem Titel *Le capitalisme utopique* erscheint und in der die politischen Ordnungsvorstellungen des frühen Liberalismus ideengeschichtlich und politiktheoretisch gleichermaßen analysiert werden. In dieser Arbeit, die auch unter dem intellektuellen Einfluss von Albert Hirschman und dessen zwei Jahre zuvor erschienenen Studie *The Passions and the Interests* (1977) entsteht, beschreibt Rosanvallon die Idee des Marktes als politische und gesellschaftliche Utopie der liberalen Tradition. Die besondere Pointe seiner Betrachtung liegt darin, dass sich der liberale Utopismus des achtzehnten Jahrhunderts und der sozialistische Utopismus des neunzehnten Jahrhunderts in der normativen Struktur ihrer Autonomievorstellungen näher stehen, als die Frontstellung des sozialistischen Antikapitalismus vermuten ließe. Während Smith und Marx von unterschiedlicher Seite aus das Politische durch das Ökonomische substituieren, verweist Rosanvallon im Anschluss an Lefort auf Machiavelli als ideenpolitischen Fluchtpunkt (Lefort 1972): Von hier aus ließe sich, auch im Gegensatz zu Rousseau, ein Begriff des Politischen entwickeln, der sich weder an der Harmonie der Interessen (Smith), noch an der Überwindung aller Gegensätze (Marx) oder der Einheit des Gemeinwillens (Rousseau) orientiert (Rosanvallon 1979: 61 f.).

Kurz darauf legt Rosanvallon schließlich eine weitere Doktorarbeit vor, die 1985 als *Le moment Guizot* veröffentlicht wird und in der die bislang weitgehend verborgen gebliebenen, paradox-verschlungenen Verbindungslinien zwischen Liberalismus und Demokratie im nachrevolutionären Frankreich freigelegt werden (siehe unten). 1983 wird er *Maître de conférences* an der *École des hautes études en sciences sociales* (EHESS), sechs Jahre später dann schließlich *Directeur d'études*. Von 1992 bis 2005 leitet er zudem das einflussreiche *Centre de recherches politiques Raymond Aron*, das für die politik- und demokratietheoretischen Diskussionen dieser Zeit eine kaum zu überschätzende Rolle spielt. François Furet, Claude Lefort, Bernard Manin, Marcel Gauchet, Dominique Schnapper, Vincent Descombes und Mona Ozouf sind nur einige Namen derer, die hier regelmäßig den intellektuellen Austausch über die Disziplinengrenzen der Geistes- und Sozialwissenschaften hinweg praktizieren. In diesem Umfeld entstehen neben den von Rosanvallon selbst verfassten Arbeiten zu François Guizot zahlreiche ideengeschichtliche Studien zu Alexis de Tocqueville, zu Benjamin Constant, zu Condorcet und anderen, die aus dem Interesse an den liberalen, antitotalitären und repräsentativen Traditionen des Politischen gespeist werden und die den engen Rahmen der in Frankreich vorherrschenden republikanischen Ordnungsvorstellungen sukzessive erweitern sollten.² In diesem Umfeld entstehen auch die zentralen Arbeiten Rosanvallons zur Genese der demokratischen Ordnung in Frankreich: Mit *Le sacre du citoyen. Histoire du suffrage universel en France* (1992), *Le peuple introuvable. Histoire de la représentation démocratique en France* (1998) und *La démocratie inachevée. Histoire de la souveraineté du peuple en France*

1 Vgl. zudem Rosanvallon (1983) und (1988).

2 Zu Tocqueville vgl. Aron (1967; 1997), Manent (1982), Mélonio (1993), Gauchet (2005), Lefort (1992) sowie übergreifend Audier (2004); zu Constant vgl. Gauchet (1997); zu Condorcet vgl. Jaume (1989) sowie Rosanvallon (2000).

(2000)³ legt Rosanvallon eine erste Trilogie vor, die zentrale Fragen der Demokratie anhand historischer Längsschnitte von der Französischen Revolution bis in das frühe zwanzigste Jahrhundert bearbeitet.

Rosanvallons Arbeiten sind bis zu diesem Punkt sehr eng auf die französische Entwicklung und ihre Rekonstruktion bezogen, besitzen aber von Beginn an ein weit darüber hinaus reichendes begriffliches Potential, um grundsätzliche theoretische Probleme und Paradoxien der demokratischen Ordnung der Gegenwart zu erhellen. Diesen Weg der vergleichenden Erweiterung seiner Perspektiven und der stärkeren politiktheoretischen Systematisierung schlägt Rosanvallon spätestens 2001 ein, als er in indirekter Nachfolge von Michel Foucault und Pierre Bourdieu in das *Collège de France* gewählt wird. An dieser höchsten akademischen Institution Frankreichs hat er seitdem den Lehrstuhl *Histoire moderne et contemporaine du politique* inne. Hier befragt Rosanvallon nun in einer Folge von vier Monographien die gegenwärtigen Demokratien auf ihre historische Genese und ihre normativen Möglichkeiten zugleich: *La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance* (2006), *La légitimité démocratique. Impartialité, réflexivité, proximité* (2008), *La société des égaux* (2011) und *Le bon gouvernement* (2015).⁴

Zugleich nimmt er die Rolle eines der bedeutendsten öffentlichen Intellektuellen Frankreichs ein. Bereits von 1982 bis 1999 leitete er mit der *Fondation Saint-Simon* einen reformorientierten *think tank* der linken Mitte. Zusammen mit François Furet und Jacques Julliard verfasst er 1988 die programmatische Schrift *La république du centre*, die den Abschied vom französischen Ausnahmeweg radikaler Umstürze konstatiert. Seit 2002 leitet er mit dem Projekt *La république des idées* eine Denkfabrik, die sich mit der Internetzeitschrift *La vie des idées* und einer Buchreihe an ein breites akademisches Publikum richtet und sich inzwischen als öffentliches intellektuelles Diskussionsforum etabliert hat.⁵ Sein jüngstes Projekt *Raconter la vie* hat es sich zum Ziel gesetzt, dem öffentlichen Raum eine bislang fehlende Bühne in Form von auflagenstark vertriebenen biographischen Essays und einer Internetplattform zu geben, auf der unterschiedliche Lebensläufe und Erfahrungen ins gemeinsame Gespräch kommen können.⁶ Damit soll nicht nur der zunehmenden Sprachlosigkeit zwischen den sozialen Milieus in Frankreich begegnet werden, sondern auch den aus dem öffentlichen Raum weitgehend Ausgeschlossenen und den Unsichtbaren eine Stimme und ein Gesicht verliehen werden.

3 Keiner dieser drei Titel ist ins Deutsche übersetzt worden, zu den englischen (Teil-)Übersetzungen siehe den Beitrag von Samuel Moyn in diesem Heft. Die deutsche Übersetzung der Titel wäre etwa: Die Krönung des Bürgers. Geschichte des universalen Wahlrechts in Frankreich; Das unauffindbare Volk. Geschichte der demokratischen Repräsentation in Frankreich; Die unvollendete Demokratie. Geschichte der Volkssouveränität in Frankreich. Zur deutschsprachigen Rezeption vgl. Raphael (2013), Schulz (2009) und Weymans (2004; 2006; 2007; 2015).

4 Drei Bände liegen in der Hamburger Edition in deutscher Übersetzung vor: *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit, Reflexivität, Nähe*, Hamburg 2010; *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg 2013; *Die gute Regierung*, Hamburg 2016. Zudem ist seine programmatisch-methodische Antrittsvorlesung (Rosanvallon 2003) in der Zeitschrift *Mittelweg* 36 (Jg. 20, 2011, H. 6, S. 43–65) übersetzt worden.

5 Vgl. www.laviedesidees.fr, sowie auf englisch www.booksandideas.net

6 Vgl. www.raconterlavie.fr sowie Rosanvallon (2014).

1. Die Wiederentdeckung des französischen Liberalismus

Bevor nun seine demokratietheoretischen Arbeiten genauer vorgestellt werden, muss zunächst ein Blick auf Rosanvillons ideengeschichtliche Wiederentdeckung des französischen Liberalismus geworfen werden, der schließlich auch den Hintergrund für seinen Demokratiebegriff liefert. Die siebziger Jahre der französischen Intellektuellendiskurse standen ganz im Zeichen des Versuchs, die autoritären und paternalistischen Elemente des Marxismus hinter sich zu lassen, derjenigen Tradition, die doch für sich in Anspruch nahm, den Fortschritt und die Befreiung des Menschen aus den Ketten der Heteronomie zu verkörpern. Die Aufklärungskritik des aus dem Marxismus und der Psychoanalyse hervorgegangenen Poststrukturalismus ist auch in der deutschen Diskussion stark rezipiert worden. Dabei wurde allerdings lange Zeit übersehen, dass sich diese kritische Dekonstruktion nicht in erster Linie auf den Liberalismus und seine Markt- und Rechtstheorie bezogen hat, sondern vielmehr gerade die republikanische Tradition Frankreichs mit ihren dominanten politischen Einheitsvorstellungen von Nation, Volk und Staat in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stellte (Schulz 2015). Die kritische Rekonstruktion des französischen Liberalismus hingegen stand weniger im Zeichen der radikalen Dekonstruktion, sondern unternahm den Versuch, die Verhärtungen des republikanischen Ordnungsverständnisses durch einen Rekurs auf weitgehend vergessene Alternativen aufzubrechen, die im Dialog mit der postrevolutionären Entwicklung die blinden Flecken des jakobinischen Paradigmas zum Vorschein brachten. Mit der Arbeit von Pierre Rosanvallon wurde neben den bekannteren Figuren wie Tocqueville, Constant oder Condorcet nun auch der Historiker und Politiker François Guizot aus dem Archiv geholt. Jenseits des zum Klischee erstarrten Schlachtrufes der Juli-Monarchie, des „enrichissez-vous“ verband man auch in Frankreich lange Zeit sehr wenig mit dieser Figur. Rosanvallon zeigte jedoch, in welchem Maße Guizot die Diskurse dieser Zeit bündelt, die verzweifelt auf der Suche nach einem angemessenen Ordnungsentwurf für die postrevolutionäre Gesellschaft sind (Rosanvallon 1985a). Der „Guizot-Moment“ bezeichnet die liberale politische Kultur in den Jahren zwischen 1814 und 1848, die an mehreren Fronten zugleich kämpft und am Ende doch doppelt scheitert: Gegen die Restauration der absoluten Monarchie kämpft sie für die liberalen Ordnungsvorstellungen von Parlamentarismus und Grundrechten, die in der oktroyierten Verfassungscharta 1814 nur prekären Ausdruck finden (Rosanvallon 1994). In der Julirevolution 1830 kann die konstitutionelle Ordnung erneuert werden, bleibt jedoch gegen demokratische Partizipationsansprüche weitestgehend immun. Die Suche nach einer liberalen Balance scheitert schließlich 1848 erneut, um dann vorerst in der plebiszitären Führerherrschaft des Bonapartismus unter Napoléon III. zu enden. Damit kommt hier die Gestalt des Liberalismus in seiner politischen Ausprägung wieder in den Blick, die durch die Fixierung auf die ökonomische Dimension dieses Paradigmas in den Hintergrund getreten war. Guizot, diesem in der politischen Ideengeschichte weitgehend ausgeblendeten Autor, kommt Rosanvallon zufolge deshalb eine so wichtige Bedeutung zu, weil er als einer der ersten die Frage nach der konstitutionellen *Regierung* stellt – damit wird der Fokus von den großen philosophischen Begründungsdiskursen auf die Probleme der konkreten Umsetzbarkeit jener Rechte und Ordnungsvorstellungen verschoben, die mit der Revolution erstmals politisch artikuliert worden sind. Wenngleich sich Rosanvallon die Überlegungen Guizots nicht zu eigen macht, so gilt ihm seine Aufmerksamkeit gleichwohl als einer historischen Figur, in der sich die postrevolutionäre Problematik verkörpert, aus den philosophischen Prinzipien der Revolution eine dauerhafte politische Ord-

nung formen zu müssen. Bei Guizot geschieht dies unter konservativ-liberalen Vorbehalten: Nach der Erfahrung des *terreurs* gilt es, eine Wiederholung dieser demokratischen Selbstzerstörung um jeden Preis zu verhindern. Rosanvallon zeigt, wie die politischen Semantiken dieser Zeit ganz unterschiedliche Optionen durchspielen, um die Idee des freien Gemeinwesens mit einer allgemeinen und gleichen Gesetzgebung zu realisieren. Dabei versucht der liberale Diskurs zum einen, die Erfahrung aus der revolutionären Schreckensherrschaft im Namen der Volkssouveränität institutionell zu verarbeiten und zum anderen der Vorstellung einer universalen Rechtsordnung der Vernunft gerecht zu werden. Das zentrale Problem liegt gleichwohl darin, dass der Liberalismus dieser Epoche auf keine einheitliche Ordnungsvorstellung zurückgreifen kann, sondern durch seine widersprüchlichen Leitideen zahlreiche blinde Flecke produziert: Als politischer Liberalismus ist er nicht demokratisch, als ökonomischer Liberalismus weist er selbst ein starkes utopisches Moment auf und unterläuft durch die sich mit der beginnenden Industrialisierung vertiefenden sozialen Unterschiede seine eigenen Egalitäts- und Gerechtigkeitsbehauptungen. Diese Entwicklungen kulminieren schließlich in der Marginalisierung des liberalen Denkens in Frankreich, die bis weit in das zwanzigste Jahrhundert anhält. Auch wenn hier Rosanvallon zufolge keine unmittelbaren Lösungsvorschläge für die Probleme der modernen demokratischen Ordnung entnommen werden können, so ist doch die Rekonstruktion dieser ideenpolitischen Gemengelage wichtig, um zumindest alternative Perspektiven aufzuzeigen, die trotz ihres Scheiterns gleichwohl die hegemonialen Traditionslinien von Monarchismus, Bonapartismus und Republikanismus in ihrem jeweiligen Absolutheitsanspruch relativieren.

Ideengeschichtlich eröffnen sich hier zudem bislang verschüttete Verbindungslinien, die gerade für das Verhältnis des deutschen Idealismus zum französischen Diskurs relevant sind: Rosanvallon zeichnet in diesem Zusammenhang den Einfluss von Hegel auf die Gruppe der *Doctrinaires* nach, der auch Guizot angehörte und die wiederum einen starken Einfluss auf Tocqueville in seiner Suche nach den stabilisierenden Kontexten einer modernen freiheitlichen Ordnung genommen haben (Rosanvallon 1985: 50 ff.). Wenn also Guizots Liberalismus die demokratische Teilhabe mit Verweis auf die vernunftgeleiteten liberalen Eliten begrenzt wissen will, dann erklingt hier auch das Echo der Hegelschen Staatslehre, die ihrerseits den preußisch-liberalen Reformgeist in das System der Rechtsphilosophie übersetzt hatte. Bei Guizot wird daraus ein durchaus paternalistischer Staatsliberalismus, der die Bedingungen seiner eigenen Geltung selbst erst aufklärend und reformierend schaffen muss, will er nicht bloßer Spielball der irrationalen Passionen einer noch nicht hinreichend liberal kultivierten Gesellschaft werden. Tocqueville freilich sollte daraus angesichts der amerikanischen Erfahrungen mit der Demokratie ganz andere Konsequenzen ziehen. Er suchte nach den Bedingungen, die nicht die Herrschaft einer im Staat verabsolutierten Vernunft, sondern die demokratische Selbstbestimmung freier Bürger auf Dauer zu stellen vermochte.

2. Der Begriff der Demokratie: Die französische Entwicklung

Rosanvallons zentrale Arbeiten sind zur Frage demokratischer Ordnung entstanden. Auch wenn seine Arbeiten eine demokratiehistorische und eine demokratietheoretische Dimension durchgängig verbinden, so lassen sich doch Schwerpunkte und Verschiebungen ausmachen: In seiner ersten Trilogie zur demokratischen Ordnung dominiert die ideenge-

schichtliche und historische Ausrichtung, die den französischen Fall als zentralen Referenzpunkt nimmt. Wenngleich hier bereits Kategorien entwickelt werden, die für die demokratietheoretische Debatte über den französischen Fall hinaus von weitreichender Bedeutung sind, so ist es doch vor allem die nachfolgende Reihe mit bislang vier Bänden, die den demokratietheoretischen Ansatz in den Vordergrund stellt.

Sein lange Zeit als einziges auch auf Deutsch vorliegendes Buch zur Geschichte des Staates in Frankreich (*L'Etat en France de 1789 à nos jours*)⁷ schließt an seine Arbeit zum Guizot'schen Staatsliberalismus an und zeichnet – anknüpfend an die Beobachtungen von Tocqueville und Marx zur Kontinuität der Staatseinheit zwischen dem Ancien Régime und der Revolution – die Rolle der staatlichen Administration als politisches Instrument zur Produktion der französischen Gesellschaft nach, die den Prinzipien von 1789 erst nach und nach eine korrespondierende soziale Realität unterlegte. Wie auch schon bei Guizot zeigt sich hier deutlich die paternalistische Komponente, die der liberalen Umprogrammierung der Staatsgewalt auf die Prinzipien von 1789 im neunzehnten Jahrhundert eigen war und die als rationalisiert-elitäre Antwort von oben auf die jakobinische Politik der permanent mobilisierten Massen formuliert wurde.

Dieser Aspekt der politischen Eigendynamik von veränderten Selbstbeschreibungen und ihrer Wechselwirkungen mit den institutionellen Strukturen sollte schließlich auch im Mittelpunkt der drei Bände stehen, die Rosanvallon von 1992 bis 2000 zur Geschichte der Demokratie veröffentlichte. Diese Trilogie ist zugleich als Diskurs- und Praxisgeschichte angelegt und zieht aus einer großen Menge historischen Materials wichtige begrifflich-systematische Schlussfolgerungen. Der erste Teil *Le sacre du citoyen* (1992) rekonstruiert die Geschichte des universalen Wahlrechts. Mit der Proklamation durch die Revolution begann dieses Recht zwar als Prinzip zu existieren, war aber weit mehr als nur die rechtliche Form des revolutionären Anspruchs. Im Gegenteil: Als symbolischer Hebel erzeugte das Wahlrecht einen gesellschaftlichen Entwicklungsprozess, durch den das individualistische Prinzip des *one man one vote* erst auf lange Sicht jene sozialen Voraussetzungen hervorbrachte, als deren Ausdruck es doch eigentlich gedacht war. Als imaginäre Figur des neuen, demokratischen Legitimitätsdispositivs existierte der wahlberechtigte männliche Bürger daher bereits lange vor seiner politischen und rechtlichen Verwirklichung. Die Geschichte des Wahlrechts zeigt, wie sich der ursprüngliche universale Anspruch, seine konkrete rechtliche Begrenzung und schließlich die immer wieder neuen Anläufe seiner Durchsetzung nicht lediglich auf eine rein rechtliche Ebene reduzieren lassen. Aus diesem Rechtsdiskurs wird zugleich eine soziale und politisch-kulturelle Dynamik freigesetzt, in der sich die politische, gesellschaftliche und rechtliche Ordnung gegenseitig transformieren. Der Bürger erscheint so als spezifische Subjektivierungsform der modernen Demokratie, deren Form nicht ohne weiteres a priori bestimmt ist, sondern die erst durch ihre wechselhafte, keineswegs linear verlaufende Geschichte erscheint.

Eine ähnliche Rekonstruktion unternimmt anhand der Geschichte der demokratischen Repräsentation auch der zweite der bislang vier Bände: Stand zuvor die individuelle Subjektivierungsform des Bürgers im Fokus, so wird nun in *Le peuple introuvable* (1998) das demokratische Kollektivsubjekt des Volkes genealogisch rekonstruiert. Rosanvallon zeigt hier, wie das komplexe Vermittlungsverhältnis zwischen dem politischen Subjekt „Volk“ als symbolische Einheit und als soziale Präsenz eine spannungsreiche politische Odyssee

7 Der Titel der deutschen Ausgabe lautet: *Der Staat in Frankreich von 1789 bis heute*, Münster 2000; eine kürzere Werksschau findet sich bereits bei Diehl/Schulz (2012: 288–290).

auf der Suche nach einer angemessenen institutionellen Ordnung freisetzt: Was demokratische Repräsentation bedeutet, war also stets Gegenstand politischer Kämpfe, die bis heute nicht abgeschlossen sind. Damit liegt im Kern des demokratischen Projektes eine unauflösbare Aporie: Während das Volk als symbolisches Subjekt die vorgestellte Einheit der politischen Selbstgesetzgebung garantieren soll, so verliert es diese Eigenschaft doch stets dann, wenn es als soziales Subjekt in diese imaginäre Rolle schlüpft. Anstelle der universalen Einheit mit sich selbst offenbart sich das Volk immer wieder von neuem als fragmentierte, amorphe Entität mit unscharfen Rändern, unklarer Zugehörigkeit und polyphoner Stimme. Der symbolische und der soziale Körper des Volkes lassen sich zu keiner Einheit formen und offenbaren anstelle der geltend gemachten Einheit die permanente Differenz mit sich selbst. Damit ist auch der Prozess der demokratischen Repräsentation permanent zum Scheitern verurteilt, wenn er diesem Spannungsverhältnis nicht angemessenen Rechnung trägt und aus der Unmöglichkeit einer realen Identität des Volkes mit sich selbst keine institutionellen Konsequenzen zieht.⁸

La démocratie inachevée (2000) zeigt dann, wie der Siegeszug der Volkssouveränität mehr Fragen aufwirft, als mit der rechtlichen Formalisierung dieser Souveränität in einer demokratischen Verfassung beantwortet werden können. Auch hier ist die Revolution nicht das Ende und Ergebnis gelungener Demokratisierung, sondern erst der Beginn einer langen Geschichte von Experimenten und Erfahrungen mit der Demokratie. Vom philosophisch begründeten Prinzip der Selbstgesetzgebung führt kein direkter Weg zu einer institutionellen Gestalt, die dieses Prinzip in eine politische und gesellschaftliche Praxis überführen würde. Rosanvallon zeigt eindrücklich, welche unterschiedlichen, sich gegenseitig mitunter ausschließenden und stets miteinander konkurrierenden Ordnungsentwürfe im Laufe des neunzehnten und zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts in Frankreich bestehen. Jakobinisch-republikanische Vorstellungen einer zentralen Verkörperung in Form der gesetzgebenden Versammlung stehen der napoleonischen Verkörperungslogik der Volkssouveränität gegenüber, die in der plebiszitären Form der bonapartistischen Führerherrschaft ebenso das Prinzip der Demokratie für sich beansprucht. Dazwischen finden sich zahlreiche Vermittlungsversuche, aber bis weit in das zwanzigste Jahrhundert hinein bleibt die institutionelle Ordnung der Demokratie eine hochkonfliktive Frage. Genau darin, so die Pointe, liegt der Kern ihres eigenen Geltungsanspruches: Eine gelingende demokratische Ordnung muss, wenn sie sich nicht an den permanent von ihr selbst hervorgebrachten Spannungen zugrunde gehen will, eine Form finden, die diese Möglichkeit der Selbstbefragung institutionell integriert. In Frankreich und in Westeuropa hat diese lange, mitunter gewaltförmig verlaufende Suchbewegung in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts eine vorläufige Balance in Form des demokratischen Wohlfahrtsstaates hervorgebracht, bevor sich in den siebziger Jahren auch diese institutionelle Ordnungskonstruktion in den Krisenerfahrungen von Liberalisierung, Globalisierung und Deregulierung langsam aufzulösen beginnt.

3. Der Begriff der Demokratie: Die politiktheoretische Systematisierung

Die daraus resultierenden neuen Herausforderungen für die Demokratie – in theoretischer, begrifflicher und systematischer Hinsicht – sind Gegenstand der folgenden Reihe von Ro-

⁸ Vgl. zur demokratiethoretischen Fortsetzung dieser Überlegungen Colliot-Thélène (2011).

sanvallon Monographien zur Demokratie. Der erste Band *La contre-démocratie* entwickelt eine gegen das traditionelle Bild der voluntaristischen Demokratietheorie gerichtete Analyse, die man auch als negative Demokratietheorie beschreiben könnte: Nicht mehr allein die positive Zustimmung und das Vertrauen in die Institutionen und die Repräsentanten, auch der Dissens und das Misstrauen spielen für Rosanvallon eine grundlegende Rolle für die demokratische Legitimität. Nicht nur überwacht die Macht im Sinne Foucaults das Volk, sondern auch das Volk überwacht durch eine permanente Präsenz der öffentlichen Meinung die Macht (Rosanvallon 2006: 38). Der öffentliche Skandal, die amerikanischen *muckraker*, die stets prekäre Reputation öffentlicher Akteure, die dem Ehrbegriff vormoderner Gesellschaften ähnelt (Rosanvallon 2006: 54), die Bewertung und Evaluation öffentlichen Handelns durch die Bürger, all dies sind für Rosanvallon Elemente der demokratischen Ordnung, die in der Einheitsfiktion des traditionellen Republikanismus zu wenig Beachtung gefunden haben. Hingewiesen wird auf eine Vielzahl von neuen, heterogenen Akteuren, die von den sozialen Bewegungen bis hin zu Advocacy groups, Think tanks sowie den vieldiskutierten Rating-Agenturen reicht, die eine nahezu existenzbedrohende Deutungsmacht über die Kreditwürdigkeit und damit die Handlungsfähigkeit von Staaten erlangt haben. Hinzu kommen die neuen Massenmedien wie das Internet, die das staatliche Informationsmonopol, sollte es jemals existiert haben, weitgehend aufgebrochen haben (Rosanvallon 2006: 71). Die Demokratietheorie sollte daher nach Rosanvallon auch die Legitimitätspotentiale indirekter, intermediärer Gewalten beachten, die vom jakobinischen Souveränitätsverständnis (und auch vom nicht sehr weit davon entfernten Carl Schmitt) nicht gerechtfertigt werden können – die aber womöglich im Kontext einer gewaltenteiligen Mischverfassung durchaus demokratietheoretischen Sinn entfalten. Nicht mehr allein die politische Integration durch Vertrauen, sondern auch die produktive Kraft des Misstrauens muss in eine demokratische Legitimitätstheorie einfließen – wenngleich die Welle des Populismus in Europa und den Vereinigten Staaten anschaulich zeigt, dass dieses Misstrauen inzwischen selbst zum Legitimitätsproblem geworden ist.⁹

Den tastenden Versuch, die Gestalt der Demokratie unter den sich wandelnden Voraussetzungen von Staatlichkeit und politischem Handeln neu zu beschreiben hat Rosanvallon im folgenden Band, *Demokratische Legitimität*, unternommen: Demokratische Legitimität beruht demnach über die traditionellen Formen der direkten oder repräsentativen Teilhabe am Gesetzgebungsprozess hinaus zunehmend auf den Kriterien von Unparteilichkeit, Reflexivität und Nähe.¹⁰ Damit wird der Fokus von einem rein voluntaristisch gefassten Paradigma demokratischer Willensbildung erweitert: Rosanvallon ist bestrebt, auch solche Instanzen in den demokratischen Prozess mit aufzunehmen, die aufgrund ihrer mangelnden Legitimation durch Wahlen bislang im Ruf demokratiefremder Elemente standen. Gerade aus der französischen Tradition heraus ist es beachtenswert, in welcher Weise nun Verfassungsgerichtsbarkeit oder unabhängige Zentralbanken zum Teil dieses demokratischen Dispositivs erklärt werden, da sie eine von den Bürgern durchaus geschätzte Kapazität zur überparteilichen Urteilsbildung besitzen und damit ein notwendiges Korrektiv zu den traditionellen Formen demokratischer Willensbildung verkörpern. Rosanvallon geht es dabei nun nicht darum, eine neue Elitenherrschaft demokratisch zu rechtfertigen, sondern die neuen institutionellen Formen zu beschreiben, in denen sich demokratische Repräsentation

9 Vgl. dazu die Beiträge von Diehl und Bizeul/Rogalf in diesem Heft sowie Müller (2016).

10 Für eine weitergehende kritische Diskussion dieses Bandes im Werkkontext vgl. Diehl/Schulz (2012).

tion heute vollzieht. Dies bringt ihn nicht zu der pessimistischen Diagnose der Postdemokratie – Rosanvillons Ziel ist es, eine realistische Modellierung zu entwickeln, in der sich die Vielfalt der Einflussfaktoren auf die Willens- und Entscheidungsfindung in gegenwärtigen Demokratien wiederfinden, ohne dabei lediglich den status quo normativ zum Idealzustand zu überhöhen. Im Gegenteil zeigt sich jenseits der Wahlen und Abstimmungen, wie groß die Spannbreite des demokratischen Möglichkeitsraums ist. Damit einher geht aber auch eine realistische Einschätzung des demokratischen Handlungsspielraums – wenn auch die gewählte Regierung nunmehr Teil eines umfassenden Gefüges von Vetospielern und Einflussmächten bleibt, dann muss auch der mit jeder Wahl hochgeschraubte Erwartungshorizont an die Gestaltungsmöglichkeiten der Regierung an diese Verhältnisse angepasst werden, um die regelmäßig eintretenden Enttäuschungen abzufedern. Rosanvillon spricht auch von einem Begriff komplexer Souveränität, der den modernen Demokratien erlaubt, die Möglichkeit der demokratischen Selbstkritik in die politische Ordnung selbst einzugliedern. Die zahlreichen Vetomächte innerhalb der demokratischen Ordnung dienen somit nicht einer Zerstörung politischer Rationalität, sondern erweitern die Perspektiven, die in die Entscheidungsfindung und -durchsetzung einfließen. Damit wandelt sich auch der Maßstab, der an die Bürger angelegt wird: Neben der voluntaristischen Integration zum einheitlichen Gemeinwillen gewinnt vor allem die Entwicklung von politischer Urteilskraft für die demokratische Legitimitätsbildung an Bedeutung.

Allerdings wird der Gestaltwandel der Demokratie durch eine zunehmende Erosion einer seiner zentralen Grundannahmen bedroht: *La société des égaux* beschreibt, wie die wachsende Ungleichheit in den westlichen Industriestaaten die Demokratie als Gesellschaftsform aushöhlt, wodurch die politische Ordnung der Demokratie zunehmend an Glaubwürdigkeit verliert. Beide Seiten des Demokratiebegriffs gehören aber spätestens seit Tocquevilles Analysen untrennbar zusammen. Rosanvillon, der seine Diagnose auf die Arbeiten von Thomas Piketty stützt, stellt daher die drängende Frage, in welcher Hinsicht sich die Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie als Gleiche betrachten müssen, wenn reine Rechtsgleichheit alleine offenbar nicht ausreicht, um den Zusammenhalt des Gemeinwesens auf Dauer sicherzustellen. Tocquevilles berühmte Diskussion demokratischer Gleichheit dient ihm dabei als Leitfaden, um den historischen Wandel des demokratischen Gleichheitsbegriffs in seinen unterschiedlichen Ausprägungen und auch seinen zahlreichen Pathologien zu analysieren – die Demokratie als eine „Gesellschaft der Ähnlichen“ (Rosanvillon 2011: 27) kann daher ganz verschiedene Gestalt annehmen und führt zu gänzlich verschiedenen politischen Konsequenzen, je nachdem welcher Gleichheitsbegriff zugrunde gelegt wird. Im historischen Rückgriff auf die Entwicklung der demokratischen Gleichheitsidee sind es bei Rosanvillon schließlich erneut die Bürgerinnen und Bürger, die zwar als Rechtssubjekte durch die verfassungsmäßige Garantie des allgemeinen und gleichen Wahlrechts konstituiert werden, die sich aber darüber hinaus zum Mittelpunkt einer auf gegenseitige Anerkennung gegründeten staatsbürgerlichen Solidaritätskultur entwickeln, die das Fundament des demokratischen Projektes sowohl in politischer als auch in gesellschaftlicher Hinsicht darstellt. Das Problem liegt allerdings darin, wie in einer generalisierten Marktgesellschaft und ihren gewandelten Solidaritätsbeziehungen eine solche Form des bürgerschaftlichen Gemeinsinns überhaupt noch erwartet werden kann. Rosanvillons Antworten fallen in dieser Frage daher weitaus vager aus als seine luziden Problembeschreibungen – zumindest gilt dies dann, wenn man die im Schlusskapitel empfohlene „Renationalisierung“ der Demokratien (Rosanvillon 2011: 411) nicht für eine überzeugende Lösung halten möchte.

Mit seinem letzten Band *Le bon gouvernement* (2015) schließt Rosanvallon in gewisser Hinsicht den Bogen zu seiner Guizot-Monographie und begibt sich auf die Suche nach einer politischen Regierungskultur in der Demokratie der Gegenwart.¹¹ Dahinter steht die Einsicht, dass die Frage des guten Regierens einerseits immer wichtiger zu werden scheint, andererseits jedoch in der Demokratietheorie bislang kaum ein nennenswertes Echo gefunden hat. Der von Rosanvallon entwickelte Demokratiebegriff aber zielt darauf ab, neben der Demokratie als aktiver bürgerschaftlicher Teilhabe, der Demokratie als institutioneller Struktur und der Demokratie als Gesellschaft der Gleichen auch eine Demokratie als Regierungsform und Regierungspraxis im engeren Sinne zu unterscheiden (Rosanvallon 2015: 31 ff.). Angesichts des zunehmenden Übergewichts der Exekutiven und einer Personalisierung des Politischen auch in parlamentarischen Regimen, die Rosanvallon als „Präsidentialisierung der Demokratien“ bezeichnet, muss daher die bisherige demokratietheoretische Abwesenheit der Exekutiven ins Auge fallen.

Ideengeschichtlich zeigt Rosanvallon, wie die exekutive Dimension demokratischer Ordnung im Verlauf der Französischen Revolution vom Kult des Gesetzes und seinem Gegenstück, dem Kult der Unpersönlichkeit invisibilisiert worden ist. Mit Napoleon tritt dann jedoch die Idee des „homme-peuple“, der personalen Verkörperung der Volkssouveränität auf die Bühne politischer Repräsentation. Nach dieser frühen Erfahrung mit dem demokratischen Cesarismus wird die Regierungsfunktion erst langsam rehabilitiert und erlebt ihren Aufschwung mit dem Wandel von Gesetzesstaat zum Maßnahmenstaat in der Massendemokratie des zwanzigsten Jahrhunderts. Angesichts der ausgeweiteten Steuerungstätigkeit staatlicher Institutionen stehen sich liberal-technokratische Neutralisierungen des Politischen und der von Carl Schmitt theoretisierte Exekutivstaat des Ausnahmezustandes unversöhnlich gegenüber. Diese Präsidialisierungseffekte, die sich in ganz unterschiedlichen Kontexten zeigen lassen und die Rosanvallon von Max Weber über den Gaullismus bis in die USA des New Deals vergleichend verfolgt, konvergieren schließlich in einer „démocratie de l'exercice“, deren gemeinsamer Nenner in ihrer tendenziellen Illiberalität besteht. Auch wenn beispielsweise in Gestalt von Verfassungsgerichten hier neue Aspekte der Unpersönlichkeit an Macht gewinnen, so stellt sich doch für die Demokratietheorie die entscheidende Frage, wie eine Regierung als Nicht-Beherrschung möglich sein kann, die nicht in ihrer Funktionalität, sondern in ihrer Qualität als spezifisch *demokratische* Regierung begründet wäre. Rosanvallon geht es daher um nichts weniger als um die demokratietheoretisch notwendige Neubegründung einer politisch-kulturellen Regierungslehre. Dazu werden mehrere Problembereiche diskutiert. Die notwendige öffentliche Lesbarkeit des Regierungshandelns kann von einer erhöhten Sichtbarkeit nicht garantiert werden: Im Gegenteil bringen die netzwerkartigen Entscheidungsstrukturen globalisierter Ordnung neue Formen der Opazität und des Geheimnisses hervor, die eher zu Verschwörungsdenken animieren als zu einer Legitimierung demokratischer Regierung. Ähnliches gilt für die Frage nach der Verantwortlichkeit der Regierenden, die durch die zunehmenden Zuschreibungsschwierigkeiten von Handlungen an Trennschärfe verliert. Hinzu kommt eine Tendenz, in der politische Verantwortlichkeit immer stärker durch strafrechtliche Schuldigkeit ersetzt wird. Ob diese Tendenz tatsächlich von einer „republikanischen Sprache der Offenheit“ ausgeglichen werden kann, die den für so viele politische Enttäuschungen verantwortlichen Hiatus zwischen der Sprache des Wahlkamp-

11 Dort hieß es: „La nécessité d'en faire une culture de gouvernement est partout ressentie“ (Rosanvallon 1985: 25).

fes und der Sprache des Regierens abschwächen soll, oder ob die politische Integrität der Regierenden wirklich den Transparenzansprüchen der Bürger genügen sollte, die dann zudem noch höheres Gewicht genießen als der auch für Politiker geltende Schutz der Persönlichkeitsrechte – das mag man je nach Stellung zu normativer Theoriebildung und ihrer Wirkungsfolgeabschätzung unterschiedlich beurteilen. Rosanvillons „demokratischer Fürstenspiegel“ (Dormal 2016) wirft jedenfalls die Frage auf, ob der Abstand zwischen Möglichkeits- und Wirklichkeitsdenken hier nicht doch zu gering ausfällt, um den Anspruch einer demokratietheoretischen Horizonterweiterung einzulösen. Provokant genug sind die hier enthaltenen Thesen jedoch allemal, um die demokratietheoretische Diskussion mitsamt ihrer vermeintlichen Gewissheiten herauszufordern. Auch die in den letzten Jahrzehnten vielleicht zu konsequent befolgte Arbeitsteilung der politischen Theorie und der Regierungslehre, die inzwischen weitgehend einem gegenseitigen Nichtwahrnehmungspakt gleichkommt, kann bei dieser Gelegenheit überdacht werden.

Wenngleich also der vorläufige Abschluss seiner demokratietheoretischen Werkreihe Anlass für kritische Diskussion liefert, so weist die immanente Verbindung der historischen und der normativen Dimensionen demokratischer Ordnung bei Rosanvallon einen methodisch innovativen Weg – und auch wenn nicht alle aus der Analyse abgeleiteten institutionellen Vorschläge überzeugen, so überwiegt doch der anregende Charakter dieser institutionellen Kreativität, der nicht nur für die politische Theorie und Ideengeschichte, sondern ebenso sehr für die vergleichende Politikwissenschaft einiges zu bieten hat. Normen und Kontexte erhellen sich hier gegenseitig, ohne dass daraus ein normativer Partikularismus folgen würde. Rosanvallon entwirft sein Bild demokratischer Ordnung als einen Möglichkeitsraum, der aus historischen und sozialen Praktiken und Diskursen heraus rekonstruiert wird, den er aber nicht zu einem geschlossenen philosophischen Rechtfertigungssystem komprimiert. Das zentrale Anliegen seiner Demokratietheorie liegt in der Frage der angemessenen Repräsentation. Damit setzt er einen politischeren Akzent als die ebenfalls rekonstruktiv verfahrenende, allerdings mit dem Konzept der Anerkennung in eine eher sozialphilosophische Richtung weisende Philosophie der „demokratischen Sittlichkeit“ (Honneth 2011; Arentshorst 2016). Ähnlich wie hierzulande die politikphilosophische Frage der Normbegründung zuletzt in ein erfahrungsoffenes Möglichkeitsdenken überführt werden konnte (Möllers 2015), versteht Rosanvallon seine demokratietheoretischen Überlegungen als eine Öffnung dessen, was unter Demokratie angesichts ihrer Erfahrungsgeschichte vorstellbar ist: Auch als Regime der institutionalisierten Selbstkritik und Selbstreflexion kann die Demokratie ihre konstitutive Unbestimmtheit nicht vollends überwinden.

Literatur

- Arentshorst, Hans, 2016: Towards a reconstructive approach in political philosophy. Rosanvallon and Honneth on the pathologies of today's democracy. In: *Thesis Eleven* 134 (1), 42–55.
- Aron, Raymond, 1967: *Les étapes de la pensée sociologique*, Paris.
- Aron, Raymond, 1997: *Introduction à la philosophie politique. Démocratie et révolution*, Paris.
- Audier, Serge, 2004: *Tocqueville retrouvé. Genèse et enjeux du nouveau tocquevillien français*, Paris.
- Colliot-Thélène, Catherine, 2011: *Demokratie ohne Volk*, Hamburg.
- Diehl, Paula / Schulz, Daniel, 2012: Was ist demokratische Legitimität? Eine Auseinandersetzung mit der Demokratietheorie Pierre Rosanvillons. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 3 (2), 287–297.
- Dormal, Michel, 2016: Ein demokratischer Fürstenspiegel. In: *Sociopolis*, 11.08.2016, <http://www.sociopolis.de/lesen/buecher/artikel/ein-demokratischer-fuerstenspiegel/>

- Furet, François / Julliard, Jacques / Rosanvallon, Pierre, 1988: *La République du centre. La fin de l'exception française*, Paris.
- Gauchet, Marcel, 1997: Benjamin Constant: L'illusion lucide du libéralisme. In: Ders. (Hg.), Benjamin Constant: *Écrits politiques*, Paris, 12–110.
- Gauchet, Marcel, 2005: Tocqueville, l'Amérique et nous. Sur la genèse des sociétés démocratiques. In: Ders. (Hg.), *La condition politique*, Paris, 305–404.
- Hamon, Hervé / Rotman, Patrick, 1984: *La deuxième gauche. Histoire intellectuelle et politique de la CFDT*, Paris.
- Hirschman, Albert O., 1977: *The Passions and the Interests. Arguments for Capitalism before its Triumph*, Princeton.
- Honneth, Axel, 2011: *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin.
- Jaume, Lucien, 1989: *Le discours jacobin et la démocratie*, Paris.
- Judt, Tony, 1990: *Marxism and the French Left: Studies on Labour and Politics in France 1830–1982*, Oxford.
- Lefort, Claude, 1972: *Le travail de l'oeuvre Machiavel*, Paris.
- Lefort, Claude, 1992: Tocqueville: démocratie et art d'écrire. In: Ders. (Hg.), *Écrire. À l'épreuve du politique*, Paris, 55–90.
- Manent, Pierre, 1982: *Tocqueville et la nature de la démocratie*, Paris.
- Mélonio, Françoise, 1993: *Tocqueville et les Français*, Paris.
- Möllers, Christoph, 2015: *Die Möglichkeit der Norm. Über eine Praxis jenseits von Moralität und Kauflichkeit*, Berlin.
- Müller, Jan-Werner, 2016: *Was ist Populismus?*, Berlin.
- Raphael, Lutz, 2013: *Demokratiegeschichte als Problemgeschichte und Gegenwartsanalyse. Das Werk Pierre Rosanvillons*. In: *Neue Politische Literatur* 58, 7–20. http://dx.doi.org/10.3726/91491_7
- Rosanvallon, Pierre, 1976: *L'Âge de l'autogestion*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1977: *Pour une nouvelle culture politique*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1979: *Le capitalisme utopique*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1983: *Misère de l'économie*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1985: *Le moment Guizot*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1985a: *Préface: Le Gramsci de la bourgeoisie*. In: Ders. (Hg.), François Guizot: *Histoire de la civilisation en Europe*, Paris, 9–18.
- Rosanvallon, Pierre, 1988: *La question syndicale. Histoire et avenir d'une forme sociale*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1990: *L'État en France de 1789 à nos jours*, Paris (dt. 2000).
- Rosanvallon, Pierre, 1992: *Le sacre du citoyen. Histoire du suffrage universel en France*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1994: *La monarchie impossible. Les Chartes de 1814 et de 1830*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1998: *Le peuple introuvable. Histoire de la représentation démocratique en France*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2000: *La démocratie inachevée. Histoire de la souveraineté du peuple en France*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2003: *Pour une histoire conceptuelle du politique*, Paris (dt. 2011).
- Rosanvallon, Pierre, 2004: *Le modèle politique français. La société civile contre le jacobinisme de 1789 à nos jours*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2006: *La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2008: *La légitimité démocratique. Impartialité, réflexivité, proximité*, Paris (dt. 2010).
- Rosanvallon, Pierre, 2011: *La société des égaux*, Paris (dt. 2013).
- Rosanvallon, Pierre, 2014: *Le parlement des invisibles*, Paris (dt. 2015).
- Rosanvallon, Pierre, 2015: *Le bon gouvernement*, Paris (dt. 2016).
- Schulz, Daniel, 2009: *Minderheit, Mehrheit, Allgemeinheit: Die Krise der Repräsentation im Spannungsfeld des französischen Republikanismus bei Pierre Rosanvallon*. In: Soraya Nour (Hg.), *The Minorities Issue: Law and the Crisis of Representation*, Berlin, 103–116.
- Schulz, Daniel, 2015: *Die Krise des Republikanismus*, Baden-Baden. <http://dx.doi.org/10.5771/9783845265421>

- Weymans, Wim, 2004: Pierre Rosanvallon und das Problem der politischen Repräsentation. In: Oliver Flügel, Reinhard Heil, Andreas Hetzel (Hg.) <http://dx.doi.org/10.14361/9783839403327-013> Die Rückkehr des Politischen: Demokratietheorien heute, Darmstadt, 87–112.
- Weymans, Wim, 2006: Freiheit durch politische Repräsentation – Lefort, Gauchet und Rosanvallon über die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. In: Reinhard Heil / Andreas Hetzel (Hg.), Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, 185–207. <http://dx.doi.org/10.14361/9783839403327-013>
- Weymans, Wim, 2007: Understanding the present through the past? Quentin Skinner and Pierre Rosanvallon on the crisis of political representation. In: Redescriptions. Yearbook of Political Thought, Conceptual History and Feminist Theory, 45–60.
- Weymans, Wim, 2015: Demokratie als Gesellschaftsform. Pierre Rosanvallon und die vielfältigen Stimmen des Volkes. In: Oliver Flügel-Martinsen / Franziska Martinsen (Hg.), Demokratietheorie und Staatskritik aus Frankreich. Neuere Diskurse und Perspektiven, Stuttgart, 167–185.

